

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionsort: Tagesblatt Riesfa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Riesfaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des  
Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1530  
Verlagsort: Riesfa Nr. 22.

Nr. 108

Freitag, 7. Mai 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6-malige Abgabe 10 Pf. (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restameizeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag. Beste Textile. Bemerkung: Der Abdruck, wenn der Betrag verfallen, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Zuständige Anzeigungsverwaltung: „Gründer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesfa.

## Eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern.

Der Reichsminister, Dr. Jarres, hatte die Liebenswürdigkeit, einen Vertreter des „Berliner Presse-Dienstes“ zu empfangen und ihm eine Unterredung über die nach den Reichstagsneuwahlen eingetretene politische Lage zu gewähren.

Der Minister wies darauf hin, daß es nunmehr Aufgabe der Parteien des neuen Reichstages sei, sich zur Durchführung einer arbeitstüchtigen Regierung untereinander zu verständigen: Die gegenwärtige Reichsregierung ist angesichts der Wichtigkeit der bevorstehenden Entscheidungen keinen Anlaß, schon jetzt ihre Demission zu geben. Die Verhandlungen, die gegenwärtig zur Lösung der außenpolitischen Probleme schweben, machen es erforderlich, daß deutscherseits ein verfassungsgemäß handlungsfähiges Ministerium zur Stelle ist, jamaal die Position Deutschlands außenpolitisch geschwächt sein würde, wenn infolge einer vorläufigen Demission das gegenwärtige Kabinett nur als geschäftsführende Regierung bei den Verhandlungen auftreten könnte. Aus diesem Grunde bleiben wir bis zum Zusammentritt des neu gewählten Reichstages, der voraussichtlich am 22. Mai erfolgen dürfte, im Amt.

Am weiteren Verlauf der Unterredung bezeichnete es der Reichsminister als das wichtigste Problem der deutschen Politik, die wieder

## stabilisierte Währung vor neuen Gefahren zu schützen,

die deutsche Wirtschaft zu befestigen und auf Grund einer allmählich zurückgewonnenen wirtschaftlichen und finanziellen Kräftigung eine Lösung des Reparationsproblems herbeizuführen. Unter sehr schweren Losen und teilweise sehr harten Maßnahmen sei es gelungen, aus dem furchtbaren Elend der Inflation herauszukommen und den gegenwärtigen Stand einer leichten Erholung der wirtschaftlichen Kräfte zu erreichen. Die Stabilität der deutschen Währung kann nur dann mit Erfolg aufrecht erhalten werden, wenn Deutschland in der Lage ist, die Ausgaben auf ein Mindestmaß zu beschränken, und wenn die deutsche Wirtschaft ihre Produktionskraft erhöhen kann und wieder exportfähig wird. Nur unter diesen beiden Voraussetzungen können neue Erleichterungen ferngehalten werden.

Von diesem Standpunkt aus ist der gegenwärtige Arbeitskampf im Ruhrgebiet außerordentlich zu beklagen. Die Verhältnisse im Bergbau lassen sich zur Zeit in ihrem ganzen Umfang gar nicht übersehen, und es ist leicht möglich, daß die neue Streikwelle ernste Folgen nach sich ziehen kann. Die streikende Arbeiterchaft ist sich offenbar des ganzen Ernstes der Lage nicht bewußt. Es genügt nicht, zu sagen, wir wollen

## das Sachverständigen-Gutachten

annehmen, um auf Grund einer erträglichen Lösung des Reparationsproblems unser Dasein durch Arbeit und Frieden fristen zu können. Man muß sich auch darüber klar werden, daß die ungeheuren Kosten der Reparationsverpflichtungen die Anspannung aller Kräfte sowie harte Entbehrungen notwendig machen. Der Bergbau im Ruhrgebiet hat unter den Nuncupatoren so ungeheuer gelitten, daß ihm nicht zugemutet werden kann, allein die Opfer weiter auf sich zu nehmen. Aber die Kommunisten gehen vollkommen verantwortungslos an diesen Dingen vorbei und steuern offenbar nur auf das Chaos zu, wobei sie sich augenblicklich auch nicht davor scheuen, mit dem landesverräterischen Sozialismus Hand in Hand zu arbeiten.

Gewiß kann man zugeben, daß die soziale Lage weitestgehend unter den gegenwärtigen Umständen die denkbar ungünstigste ist. Was aber in den Kräfte der verantwortlichen Regierungsteile liegt, wird auch geschehen, um der drohenden Verteuerung der Lebenshaltung entgegen zu wirken. Das deutsche Volk darf aber niemals vergessen, daß es heute nicht mehr möglich ist, unter denselben Verhältnissen seine Lebenshaltung einzurichten wie vor dem Kriege.

## Der Minister wandte sich sodann den Schicksalsfragen der besetzten Gebiete

zu: Der Standpunkt der Reichsregierung zum Sachverständigen-Gutachten ist wiederholt klar zum Ausdruck gebracht worden. In den hauptsächlichsten Kernpunkten unterscheidet sich diese Auffassung nicht von der aller ernst zu nehmenden Parteien. Falls wir uns auf der drückenden Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens mit den allierten Regierungen verständigen wollen, so geben wir dabei von der Voraussetzung aus, daß die damit verbundenen politischen Fragen vollständig klar gestellt werden. Diese Fragen sind für uns Ehrenangelegenheiten. Wir verstehen darunter die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freilassung der Gefangenen. Ebenso stimmt die Reichsregierung mit den Parteien darin überein, daß die wirtschaftliche und soziale Einheit des besetzten und unbesetzten Deutschlands, die die Sachverständigen zu einer wichtigen Grundlage ihres Gutachtens gemacht haben, besetzt nur dann wieder hergestellt ist, wenn auch die Staatshoheit des Deutschen Reiches über die besetzten Gebiete gewährleistet wird. Dies ist ganz offensichtlich die Auffassung der Sachverständigen, die es zwar vermeiden haben, auf diese staatspolitischen Fragen einzugehen.

Bum Schluß wies der Minister darauf hin, daß er die feste Überzeugung habe, daß die Parteien bei ihren Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung sich auf einer Linie zusammen finden, da es eigentlich in der Beurteilung der lebenswichtigsten Schicksalsfragen des deutschen Volkes kaum ernsthaft Meinungsverschiedenheiten unter ihnen geben könnte.

## Der Kampf im Ruhrgebiet.

(Berlin, 8. Mai.) Das Bild der großen Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zeigt den Klättern zufolge heute keine wesentliche Veränderung gegen gestern. Von den Ruhrbezirken liegen auch heute etwa 90 Prozent still. Der Reichsarbeitsminister, der übrigens entgegen einer Morgenblätter-Nachricht nicht nach dem Ruhrgebiet gefahren ist, hat auf Ersuchen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu heute nachmittag 1 Uhr zu einer informativen Aussprache im Reichsarbeitsministerium geladen. Der Einladung sind die christlichen und kirchlich-tunierischen Gewerkschaften gefolgt. Ob diese Redebeiträge der Rufung zur Aufnahme von Verhandlungen bilden, steht zur Stunde noch nicht fest. Mit den Arbeitgebern ist den Klättern zufolge noch nicht Fühlung genommen worden.

(Essen, 8. Mai.) Von der Gesamtbelegschaft der Morgensticht des Ruhrbezirks sind heute 92,35 Prozent von der Arbeit ferngeblieben; angefahren sind 7,65 Prozent. Von den Angefahrenen sind 11,71 Prozent vorzeitig ausgefahren. Auf verschiedenen Betrieben haben sich viele Mitglieder der Belegschaften bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen, auf den Hülfsbetrieben jedoch allein über 1000 Mann.

(Essen, 9. Mai. Radio-Nachricht.) Den großen Reviertreffen der Bergarbeiterverbände sind am Donnerstag im gesamten Ruhrgebiet die Belegschaftsversammlungen gefolgt, deren Zahl auf über 300 geschätzt wird. Soweit Redungen vorliegen, haben sie alle einen ruhigen Verlauf genommen. In allen Versammlungen, die überfüllt waren und teilweise unter freiem Himmel stattfanden, wurde das Vorgehen der Grubenbesitzer auf das Schärfste verurteilt, der Wille der Bergarbeiter zur Arbeit entschieden betont und jede Streikparole nachdrücklich abgelehnt. Auforderungen zum Generalkstreik, die in einzelnen Versammlungen von Anhängern der Union erhoben wurden, fanden bei dem Gros der Teilnehmer entschiedene Ablehnung. Es wurde gefordert, daß die Bergarbeiter nicht allein die Träger der Reparationslasten sein dürften, diese hätten vielmehr gleichmäßig auf allen Schultern des Volkes zu liegen. An der Forderung der Beibehaltung der 7-Stunden-Schicht unter Tage und der 8-Stunden-Schicht über Tage wird die Ruhr-Bergarbeiterchaft festhalten. Die Beschlüsse der Regierung zu überreichen, wurde einstimmig gebilligt. Das Angebot des Schiedsrichters in der Lohn- und Arbeitszeitfrage sei für die Bergarbeiter unannehmbar.

(Essen, 9. Mai. Radio-Nachricht.) Der Gewerkschaftsrat der Bergarbeiter legt Wert auf die Feststellung, daß die Arbeiter auf der die Städte Wälder und Hamm mit Gas versorgenden Zeche Radbald nicht streifen, sondern ausgebeugt worden sind. Der Betriebsauschuss hat sich erboten, den Kohlerebetrieb aufrecht zu erhalten, dies sei ihm jedoch verweigert worden.

(Berlin, 9. Mai.) Die vier Bergarbeiterverbände haben gestern eine Erklärung veröffentlicht, in der sie dem Reichsarbeitsministerium ihre Zustimmung zur Durchführung der Dessenheit über die Stellungnahme der Verbände zu den Verhandlungsergebnissen vom 3. Mai in Hamm vorwerfen. Dieser Vorwurf entbehrt, wie Dr. J. B. von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, jeder Begründung. Der Sachverhalt ist folgender: Am 5. Mai hat das Büro des Reichs- und Staatskommissars Rechtig in Dortmund dem Reichsarbeitsministerium berichtet, ein Vertreter der Bergarbeiterverbände habe mitgeteilt, daß die leitenden Stellen der Verbände entlassen seien, der für den nächsten Tag angesetzten Vertreterkonferenz die Annahme der am 3. Mai in Hamm vorgeschlagenen Regelung zu empfehlen. Ferner habe der Bergarbeitervertreter gewünscht, das Reichsarbeitsministerium möge beim Zeichenverband in Essen in geeigneter Weise dafür eintreten, daß der Zeichenverband den angeschlossenen Betrieben nahe lege, die zu erwartende günstige Entwicklung nicht durch Kampfmaßnahmen zu gefährden. Dielem Wunsch hat das Reichsarbeitsministerium entsprochen. Die betreffende Depesche an den Zeichenverband wurde sofort abgesandt, also zu einer Zeit, da man noch auf Vermittlung dieses Depesche hoffte durfte. Die spätere Veröffentlichung dieser Depesche ist nicht vom Reichsarbeitsministerium veranlaßt worden.

## Keine Gefährdung der Kohlenversorgung.

vds. Der Streik der Bergarbeiter läßt die Befürchtung aufkommen, daß die Wirtschaft durch Kohlenmangel zum Stillstand gebracht werden könnte, eckrenlidernweise können wir aber nach den amtlichen Feststellungen berichten, daß sowohl die Reichsbahn wie die Gas- und Elektrizitätswerke und überhaupt die Industrie noch für längere Zeit einen Kohlenmangel nicht zu befürchten brauchen. Nicht nur schweben noch auf den Wasserstraßen und laagern bei den Händlern und auf den Umschlagplätzen noch größere Kohlenmengen, sondern auch die allgemeine Wirtschaftslage erfordert zumal im Sommer einen geringeren Kohlenbedarf, jedoch an Kohleneinfuhr bis auf weiteres noch nicht gedacht zu werden braucht. Daher wäre auch die Befürchtung der Bevölkerung verfehlt, daß etwa der Bergarbeiterstreik zu einer Verteuerung der Kohlen führen möchte.

Das preussische Handelsministerium hatte sich, wie wir hören, bereit erklärt, den staatlichen Bergarbeitern den Lohnausfall von 15 Prozent zu bewilligen, falls sich aber nicht in der Lage, und zwar mit Rücksicht auf die Nuncupatoren, in eine Verringerung der Arbeitszeit einzumühen. Infolgedessen müßten die Zeichenorte geschlossen werden, denn die Arbeiter hatten erklärt, die Arbeitslosenzeit nicht leisten zu wollen. Es war ihnen von vornherein gesagt

worden, wenn sie die Mehrarbeit nicht leisten würden, müßten sie entlassen werden. Die Kohlarbeiter werden durch die Beamten und die Angeheften fortgeführt. Das preussische Handelsministerium bemüht sich ebenso wie das Reichsarbeitsministerium in dem Streit zu vermitteln.

## Die Entscheidung in der Metallindustrie verhängt.

(Essen, 9. Mai.) Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Reichskommissars Schöbel trat gestern nach Schließen von Einigungsverhandlungen in der Metallindustrie Nordwest die Schlichtungskammer zusammen, um eine Entscheidung über die von den Gewerkschaften geforderte Lohnerhöhung zu treffen. Die Schlichtungskammer kam zu folgendem Beschlusse: Angesichts der unüberwindlichen Lage der Metallindustrie Nordwest wird die Entscheidung über die Entzäh der Gewerkschaften auf Donnerstag, den 15. d. M. vertagt. Die beiden Parteien erklären, für die künftigen Verhandlungen sich vollständig freie Hand vorzubehalten.

## Vor der Stilllegung der Mansfelder Hüttenwerke.

Die Mansfelder Bergbau- und Hüttenwerke A.-G. (früher Mansfelder Kupferhütte) hancide Gewerkschaft mit ihren mehr als 30000 Arbeitern und Angeheften, der größte Bergbau und Hüttenbetrieb Mitteldeutschlands, steht vor einer ernsten Vertriebskrise. Bereits vor ungefähr 10 Tagen hat die Gesellschaft den Demobilisationskommissar mitgeteilt, daß sie auf Grund der Verordnung über Betriebsstilllegungen und Betriebsabbrüche die Werke nach Ablauf von 4 Wochen zu schließen neuzummen sei. Die Gesellschaft arbeitet seit längerer Zeit trotz sehr geringer Entlohnung mit erheblichen Verlusten. Auf die zahlreichen Einsuchen auf die in Frage kommenden amtlichen Stellen ist bisher eine Auflage über eine Stilllegung nicht zu erzielen gewesen. Mittel, um den Betrieb aufrechtzuerhalten, sind nicht mehr vorhanden. Am Sonnabend wird mit dem Ministeriumspräsidenten eine informativische Besprechung stattfinden, in der im Falle einer tatsächlich erfolgenden Stilllegung die zu ergreifenden Maßnahmen erörtert werden sollen. Da es unumgänglich ist, die zahlreichen Arbeiter anderweitig zu beschäftigen, werden ernste Ansuchen befristet, daß hofft man immer noch mit der Regierung zu einer Verständigung über eine Stützungsaktion zu kommen.

## Die badische Anilin- und Sodafabrik wieder in Betrieb.

Mannheim, 9. Mai. (Radio-Nachricht.) In dem Betrieb der badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigs-hafen wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen. Demonstrierende Gruppen von Unentsetzten, welche verhaftet, gegen die Einmangstüren vordringen, wurden durch die Polizei ohne Mißgeschick zerstreut. Damit ist der Ausstand, der neun Wochen gedauert hat, beendet. Es wird natürlich einige Zeit dauern, bis die Gesamtproduktion wieder in Gang kommt, da die Energiebetriebe erst wieder instand gesetzt werden müssen.

## Das Ausland und die deutsche Regierungsbildung.

Berlin, 9. Mai. Die französischen Beobachtungen zu dem Interview von Gerat und zu der Frage der deutschen Regierungsbildung sind nach Ansicht inderverständiger Beurteiler der französischen Politik vorläufig nur vom rein satorischen Standpunkt im Hinblick auf die französische Kammerwahl zu bewerten. Nach der Regierungsbildung in Frankreich werde die französische Politik sich nicht danach orientieren, wie in der deutschen Regierung sie, sondern wie sich das deutsche Kabinett zum Sachverständigen-Gutachten stelle. Dies sei der Kernpunkt der ganzen Anlie politisch und werde auch von englischer und amerikanischer Seite als solcher angesehen. Man findet es in London verständlich, daß die Regierungsbildung in Deutschland so lange hinaus gedauert werde, bis sich auch das französische Wahlergebnis übersehen lasse. Aber man würde es im englischen Kabinett nicht verstehen, wenn alle Möglichkeiten für eine Regelung der Belegungsfrage, die sich gerade jetzt infolge der belgischen Vermittlung eröffnet haben, durch eine zweideutige Taktik der Reichsregierung auf neue angeknüpft würden. Von englischer Seite ist in Berlin wiederholt betont worden, daß ansichts eines veränderten Kurses der Reichsregierung nachmals schließlich nichts übrig bleibe, als eine direkte Verständigung mit Frankreich selbst, wenn sie auf Kosten Deutschlands ainge, abzulehnen. Diese Formulierung des englischen Standpunktes wird voranschrittlich bei den Verhandlungen der Parteien über die Kabinettsbildung noch eine beträchtliche Rolle spielen.

## Verbrecherischer Anschlag auf einen Personenzug.

(Mannheim, 9. Mai.) In der Nacht vom 6. Mai wurde auf den von Mannheim nach Lampertshaus fahrenden, die Station um 11 Uhr 30 Min. fahrplanmäßig verlassenden Personenzug ein verbrecherischer Anschlag verübt, indem von der an der Südseite der Gleisbahnbrücke stehenden, 1 m in den Boden eingegrabenen 3/4 m langen Warnungstafel eine starke eiserne T-Schiene aus dem Boden herausgerissen und unmittelbar vor dem Zugang der Brücke quer über die Schienenstränge gelegt wurde. Es ist einem glücklichen Zufall zu verdanken, daß keine Entgleisung erfolgte, die bei der Brücke schwere Folgen hätte haben können. Von den Tätern fehlt jede Spur. Die Reichsbahndirektion Mainz hat zur Ermittlung der Täter eine Besoldung von 500 M. ausgesetzt.